



Fossil Free Münster: Projektion in der Altstadt im August 2015

Keine Kohle für Kohle

Nachhaltige kommunale Geldanlagen: Münster macht es vor

Nahezu alle Städte und Kreise in Deutschland investieren in Aktien und Fonds. Mit der Rendite sollen vor allem die Renten und Pensionen kommunaler Mitarbeitender bezahlt werden. Wenn die Kommunen in ihrem Anlageportfolio Beteiligungen an Kohle- und Atomstromproduzenten halten, bremsen sie allerdings die Energiewende und konterkarieren die selbst gesteckten Klimaziele. Und auch finanziell verschärft sich das Risiko, da Aktien im fossilen Bereich durch die Energiewende massiv an Wert verlieren dürften. Das bekamen 2016 viele Kommunen des Ruhrgebiets zu spüren, als RWE ankündigte, keine Dividende zu zahlen. Allein für die Stadt Essen, mit fast 18,8 Millionen Anteilen einer der größten Anteilseigner von RWE, bedeutete das eine Finanzlücke von 9,4 Millionen Euro.

Münster ist die erste deutsche Stadt, die gezielt nicht mehr in den fossilen Energiesektor investiert und bei ihren Geldanlagen auch weitere Mindeststandards beachtet. Ausgeschlossen sind etwa Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, militärische Waffen herstellen oder vertreiben, Atomenergie erzeugen oder Fracking betreiben. Darüber hinaus wurde die Verwaltung vom Rat der Stadt beauftragt, mittelfristig weitergehende ethische Grundsätze bei Investitionen zu befolgen. Damit werden

künftig auch Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern, Tierversuche durchführen oder denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen wurden, nicht mehr im Portfolio der Stadt auftauchen.

Maßgeblich am Ausstieg aus klimaschädlichen Investments beteiligt war die Gruppe „Fossil Free Münster“. Sie ist Teil des internationalen Netzwerks „GoFossilFree!“, das Institutionen und Kommunen zum Abzug ihres Vermögens aus der fossilen Brennstoffindustrie bewegen will. Im Sommer 2013 rief Fossil Free Münster die Stadt mit einer Petition zum Rückzug aus Beteiligungen an Kohle-, Öl- und Gasunternehmen auf, zum sogenannten Divestment. Über Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Demonstrationen und Flashmobs wurde das Thema in die Öffentlichkeit getragen. Verschiedene Bürgerinitiativen und der AstA der Universität Münster schlossen sich der Forderung an, die dann zur Kommunalwahl im Mai 2014 von den Grünen aufgegriffen und ins Programm aufgenommen wurde. Nach der Wahl kam es zu einer schwarz-grünen Koalition, das Divestment wurde Bestandteil des Koalitionsvertrags und im November 2015 vom Rat der Stadt beschlossen.

Doch damit will sich Fossil Free Münster nicht begnügen. Unter anderem sollen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und die Westfälische Wilhelms-Universität von nachhaltigen Kapitalanlagen überzeugt werden. Beide haben in Unternehmen investiert, die mit fossilen Energieträgern ihr Geld verdienen. Entsprechende Unterschriftenaktionen und Petitionen sind bereits angelaufen.

In den USA haben bis heute 22 Städte, darunter Seattle und San Francisco, den Abzug ihres Kapitals aus der fossilen Brennstoffindustrie verbindlich beschlossen. Dazu kommen Boxtel in den Niederlanden, Dunedin in Neuseeland und Münster. „Berlin und Stuttgart haben sich auch auf den Weg in Richtung Divestment begeben“, weiß Tine Langkamp, Koordinatorin von Fossil Free Deutschland. Und bei der Eröffnungsfeier zu „Grüne Hauptstadt Europa – Essen 2017“ erinnerten Aktive von Fossil Free Essen und Greenpeace daran, dass Beteiligungen an RWE nicht nur den städtischen Finanzen schaden, sondern auch alles andere als „grün“ sind.

→ Weitere Informationen unter www.gofossilfree.org